

16.10.2015

Die Mitte **CDU**



*Liebe Freunde,*

auch diese Woche in Berlin war wieder sehr arbeits- und ereignisreich. Neben den Haushaltsberatungen haben wir unter anderem das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz verabschiedet.

Am Mittwoch haben wir im Haushaltsausschuss den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie beraten. Wir haben acht Millionen Euro mehr für den Mittelstand, zehn Millionen mehr für die maritime Wirtschaft und eine halbe Million mehr für den Bereich Tourismuswirtschaft zur Verfügung gestellt, als der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in seinem Etatentwurf vorgesehen hatte. Als zuständiger Berichterstatter für den Haushalt des Vizekanzlers und als Mann aus der Wirtschaft liegen mir diese Themen besonders am Herzen— besonders der Mittelstand.

Mit der Entscheidung des Haushaltsausschusses, zentrale Programme der Mittelstandsförderung auszubauen, sind unsere Bemühungen, den Mittelstand zu stärken, erfolgreich gewesen. So wird die Unterstützung, die wir als Bund den kleinen und mittelständischen Unternehmen bieten können, verbessert. Die Entscheidung unterstreicht den hohen Stellenwert, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Förderung des innovativen Mittelstands einräumt. Beide Programme werden Ergebnisse aus der Industrieforschung an den Markt bringen und eine enorme Hebelwirkung für Innovation und Wertschöpfung in Deutschland entfalten.

Ich habe mich außerdem für die Erhöhung der Gelder für die Tourismusbranche stark gemacht. Mit den zusätzlichen 500.000 Euro setzen wir ein deutliches Signal, unsere Tourismusbranche auch in Zukunft zu unterstützen. Deutschland ist sowohl bei aus- als auch bei inländischen Touristen so beliebt wie noch nie. Wir als Union fördern diese Entwicklung auch im kommenden Jahr mit der Verstärkung der entsprechenden Haushaltsmittel.

Auch die maritime Wirtschaft liegt mir als Niedersachsen sehr

am Herzen. Diese Branche stellt zahlreiche Arbeitsplätze— was gerade auch für die Bürger unserer Region bedeutend ist. Deshalb ist es mir sehr wichtig, diesen Wirtschaftszweig zu stärken. Auf meine Initiative hin sind die Fördergelder für die Werften um zehn Millionen angehoben worden. Außerdem haben wir die Kofinanzierungsanteile für die Länder abgesenkt. Gerade das Land Niedersachsen hat in der Vergangenheit häufig die Kofinanzierung nicht erbringen können, sodass oft ablehnende Bescheide die Folge waren und das Bundesgeld nicht fließen konnte. Damit das künftig nicht mehr passiert, übernimmt der Bund künftig zwei Drittel der Kosten und die Länder müssten lediglich noch ein Drittel der Kosten tragen, statt wie bisher 50 Prozent.

Diese Entscheidungen sind erneut ein starkes Signal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Wirtschaft. Das stärkt auch in unserer Region die Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze.



Im Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium mit Staatssekretär Dr. Sontowski und Mitberichterstatter Jurk (SPD)

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

## Sanierungsprogramm für kommunale Einrichtungen gestartet

Der Bund hat zur Entlastung der Kommunen, die derzeit durch die Flüchtlingsströme ohnehin stark gefordert sind, ein neues Programm zur Sanierung von kommunalen Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur aufgelegt. Bis 2018 werden insgesamt 100 Millionen Euro an die Städte und Gemeinden fließen, um die Sanierung der sozialen Infrastruktur dort zu unterstützen.

Dieses Programm ist Teil des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung. Interessierte Städte und Gemeinden können bis zum 13. November 2015 Projekte beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einreichen. Die Auswahl und Vergabe der Fördermittel soll Anfang des nächsten Jahres erfolgen. Die Förderprojekte werden dann in den Jahren 2016 bis 2018 umgesetzt. Weitere Informationen zu dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ gibt es unter [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de).

Ich habe alle Bürgermeister des Landkreises Osterholz und Verden auf dieses Programm aufmerksam gemacht und hoffe,

dass so die Städte und Gemeinden in unserer Region von den Bundesgeldern profitieren können.

Förderfähige Projekte sind investive und investitionsvorbereitende Projekte im Bereich Sportstätten – z.B. öffentlich genutzte Sportplätze nebst baulicher Nebenanlagen, Turnhallen, von Vereinen genutzte kommunale Sportstätten, öffentlich genutzte Schwimmhallen – und Jugend- und Kultureinrichtungen, z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die explizit einen Baustein im Rahmen der integrierten sozialen Quartiersentwicklung darstellen, Jugendhäuser und Laienspielhäusern.

Gerade in diesen Zeiten, in denen die Kommunen die Belastung durch die Flüchtlingsströme zu tragen haben, ist dieses Programm ein wichtiges Instrument, das der Bund zur Verfügung stellt, um die Integration in den Kommunen zu stärken und sie zu entlasten. Eine gut funktionierende Infrastruktur mit Sport-, Kultur- und Jugendangeboten ist wichtig für das Miteinander in unseren Städten und Gemeinden.

## TTIP bringt Vorteile

Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bringt laut Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – basierend auf den Daten des ifo Instituts – viele Vorteile für Deutschland: So profitieren von der Vereinheitlichung aller Standards und Regulierungen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, für die 42 Prozent höhere Marktchancen prognostiziert werden. Schon heute

hängen 60.000 deutsche Arbeitsplätze von US-Exporten ab. Selbst unter pessimistischen Annahmen sagt das ifo Institut hier einen Zuwachs von Arbeitsplätzen in Deutschland und der EU voraus. Auch die europäischen Landwirte können nach Schätzungen 60 Prozent mehr Produkte in den USA absetzen, wenn die Zölle durch das Freihandelsabkommen auf null gesetzt und die weiteren Handelsbarrieren um 25 Prozent gesenkt werden.

## Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz

Am gestrigen Donnerstag hat die Koalition eine wichtige Weichenstellung in der Flüchtlingspolitik vorgenommen und umfangreiche Änderungen im Asylrecht auf den Weg gebracht.

Der Bund wird die Länder erheblich entlasten und übernimmt die Kosten für Asylbewerber in Höhe einer Pauschale von 670 Euro pro Monat. Um Fehlanreize bei Menschen ohne Bleibeperspektive zu vermeiden, wird der persönliche Bedarf, der bislang mit dem "Taschengeld" abgedeckt wurde, künftig möglichst in Sachleistungen gewährt. Dies gilt für den gesamten Zeitraum, den die Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen verbringen. Außerdem ist eine drastische Beschleunigung der durchschnittlichen Verfahrensdauer von zurzeit rund fünf Monaten angestrebt. Darüber hinaus werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt, um die Asylverfahren der Staatsangehörigen dieser Länder weiter zu beschleunigen.

Zur frühzeitigen Integration in den Arbeitsmarkt, müssen vor allem gute Deutschkenntnisse vorhanden sein. Deshalb öffnet der Bund für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und stellt dafür mehr Mittel bereit.

Ich bin froh, dass dieses Gesetz die deutliche Handschrift der Union trägt. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich werde mich auch weiter für eine realistische und konsequente Flüchtlingspolitik einsetzen.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 10 18**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Sebastian Fischer